



Presseschau vom 13.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Paul A. Nuttall: Die Schaffung einer EU-Armee könnte ein weiteres desaströses Ergebnis des Afghanistan-Fiaskos sein

Der peinliche Rückzug der Vereinigten Staaten aus Afghanistan hat zu erneuten Forderungen nach Schaffung einer EU-eigenen Armee geführt. Die Idee ist nicht neu, aber Bidens Aktionen haben es erheblich erschwert, dagegen zu argumentieren. ...

<https://kurz.rt.com/2nk1>

Scott Ritter: Die USA 20 Jahre nach dem 11. September: Ein Land, das nicht mehr wiederzuerkennen ist

Es heißt, man werde mit der Bewältigung von Widrigkeiten stärker, da der Blick zurück ein Maß an Selbstreflexion erfordert, durch die eine Heilung gefördert werde. In den zwei Jahrzehnten nach dem 11. September haben die USA jedoch nichts über sich selbst gelernt. 20 Jahre nach 9/11 erkennt man das Land nicht mehr wieder. Die USA sind zu einem böartigen Narzissten geworden, der alles infiziert, was ihm begegnet. ...

<https://kurz.rt.com/2nng>

de.rt.com: Politikmagazin über US-Außenpolitik: US-Präsident Biden als "internationalistische" Trump-Variante

Eine Bilanz des ersten Amtsjahres von US-Präsident Joseph Biden in der Außenpolitik zieht

die Potsdamer Politikzeitschrift "WeltTrends". In ihrem September-Heft beschäftigen sich Autoren mit dem, was sich in der US-Außenpolitik verändert hat und was nicht anders ist. ...
<https://kurz.rt.com/2nfu>

abends/nachts:

snanews.de: „Wollen von ihnen Taten sehen“: Paris erkennt Taliban-Regierung in Afghanistan nicht an

Frankreich will die neue Taliban-Regierung in Afghanistan nicht anerkennen und auch keine Beziehungen zu ihr unterhalten. Der Außenminister Jean-Yves Le Drian hat das am Samstagabend gegenüber dem TV-Sender „France 5“ angekündigt.

„Wir wollen von ihnen Taten sehen. Wir haben eine Reihe von Bedingungen gestellt“, zitiert die Agentur RIA Novosti Le Drian. Dazu gehörte, dass man jedem, der das Land ungehindert verlassen wollen, eine solche Möglichkeit gewähren müsse, hieß es. Auch sollte es möglich sein, humanitäre Hilfe in die Gebiete zu liefern, welche nicht unter der direkten Kontrolle der Taliban stehen würden. Weitere Bedingungen seien gewesen, die Rechte der Frauen zu respektieren und auf die Zusammenarbeit mit dem Terrornetzwerk Al-Kaida* zu verzichten.

Jean-Yves Le Drian warf den Taliban vor, zu lügen. „Sie sagten, sie würden einige Ausländer und Afghanen frei ausreisen lassen, und sprachen von einer integrativen und repräsentativen Regierung, aber sie lügen“, so der französische Außenminister.

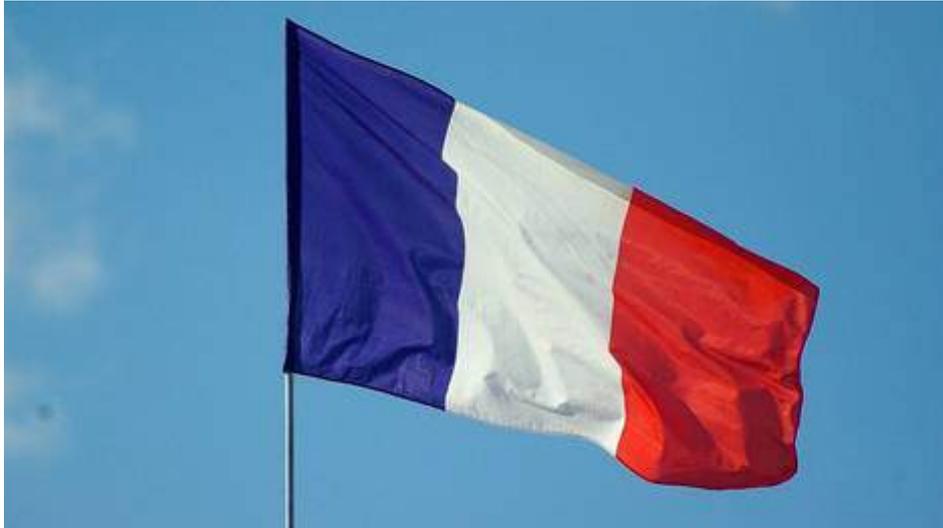
Es läge nun an den Taliban, die eine wirtschaftliche Atempause bräuchten und auf internationale Beziehungen angewiesen seien.

Anfang August hatten die Taliban vor dem Hintergrund des internationalen Truppenabzugs aus Afghanistan eine großangelegte Offensive gegen die Regierungstruppen gestartet, alle afghanischen Großstädte und Grenzübergänge unter ihre Kontrolle gebracht und das Ende des 20 Jahre währenden Krieges angekündigt.

In den letzten beiden Augustwochen wurden vom Flughafen in Kabul, der unter dem Schutz des US-Militärs stand, westliche Bürger und Ortskräfte evakuiert. In der Nacht zum 31.

August verließ das US-Militär den Flughafen. Am 6. September gaben die Taliban bekannt, Pandschir, die letzte der 34 afghanischen Provinzen, eingenommen zu haben. Wenige Tage danach teilte die Gruppierung „Nationale Widerstandsfront“ (NRF), die gegen die Taliban kämpft, mit, 60 bis 65 Prozent der Fläche in der Provinz Pandschir zu kontrollieren.

Inzwischen haben die Taliban die Zusammensetzung der Übergangsregierung Afghanistans bekannt gegeben. Sie wird von Muhammad Hassan Akhund geleitet, der während der ersten Herrschaft der Taliban als Außenminister tätig war und seit 2001 unter UN-Sanktionen steht. Mullah Muhammed Yakub wurde Verteidigungsminister, Amir Khan Mutaki wird das Außenministerium leiten und Mullah Sirajuddin Haqqani wurde Innenminister. Sie alle sind Mitglieder der Taliban-Bewegung und gehören ethnisch den paschtunischen Stammesverbänden Durrani und Ghilzai an.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0c/3196265_0:173:1920:1253_1280x0_80_0_0_bebce137b73289efae7aaffa8faa2b31.jpg

snanews.de: **Chinas Botschafter in USA bittet Biden-Regierung, „Klappe zu halten“ – Bericht**

Qin Gang, Chinas kürzlich ernannter Botschafter in den Vereinigten Staaten, hat Berichten zufolge die amerikanischen Behörden aufgefordert, Stillschweigen zu bewahren, wenn der anhaltende Streit zwischen den beiden wirtschaftlichen Supermächten nicht diplomatisch gelöst werden kann.

„Wenn wir unsere Differenzen nicht beilegen können, halten Sie bitte die Klappe“, soll Qin Ende August in einem privaten Zoom-Meeting gesagt haben. Das digitale Treffen wurde vom Nationalen Komitee für die Beziehungen zwischen den USA und China veranstaltet, einer in New York ansässigen gemeinnützigen Organisation. Daran hätten hochrangige amerikanische China-Experten teilgenommen, darunter der ehemalige Außenminister Henry Kissinger und der ehemalige Clinton- und Obama-Mitarbeiter Jack Lew.

Der Botschafter habe diesen Kommentar abgegeben, nachdem Evan Medeiros, Professor an der Georgetown University und ehemaliger China-Berater aus der Obama-Ära im Nationalen Sicherheitsrat, gefragt habe, welche Maßnahmen die USA und China ergreifen könnten, um die Beziehungen zu verbessern, sagte eine Quelle gegenüber „National Review“.

Bevor Qin den US-Beamten geraten habe, „bitte den Mund zu halten“, solle er auch Washington gebeten haben, die absichtliche Verschärfung der Spannungen zwischen den beiden Ländern einzustellen.

In Kommentaren des Zoom-Treffens, die zuvor veröffentlicht wurden, kritisierte der Diplomat Politiker und Denker in Washington, weil sie den Wettbewerb zwischen Peking und Washington als neuen „Kalten Krieg“ betrachtet hätten, und sagte, dies sei eine „Fehleinschätzung“.

„Die extreme China-Politik der vorherigen US-Regierung hat unseren Beziehungen ernsthaften Schaden zugefügt, und an dieser Situation hat sich nichts geändert. Es geht sogar weiter“, stellte Qin fest.

Spannungen im USA-China-Verhältnis

Die Biden-Regierung hat gegen China mehrmals Vorwürfe wegen

„Menschenrechtsverletzungen“ und „Völkermord“ in der Provinz Xinjiang erhoben und ihre Militäreinsätze in der Nähe der Landesgrenzen erhöht.

China seinerseits wies die US-Vorwürfe zurück und erinnerte dabei an Washingtons eigene lückenhafte Menschenrechtsbilanz und forderte Amerika auf, sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/0c/3552200_0:92:2952:1753_1280x0_80_0_0_31efa824106bfc193ef2c0061db664b5.jpg

snanews.de: **Russischer Bürger in Prag festgenommen – Moskau fordert Untersuchung**

Ein russischer Staatsbürger ist am Sonntag auf dem Prager Flughafen aufgrund eines von der Ukraine ausgestellten Haftbefehls festgenommen worden. Der Leiter des russischen Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, fordert die Untersuchung des Vorfalls.

„Im Zusammenhang mit der Unzulässigkeit des Missbrauchs völkerrechtlicher Mechanismen, um Personen zur Rechenschaft zu ziehen, hat der Vorsitzende des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation (...) angewiesen, in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium Russlands die Gründe und rechtlichen Grundlagen für die Inhaftierung eines russischen Staatsbürgers auf dem Territorium eines fremden Staates zu untersuchen“, heißt es auf der Webseite des Komitees.

Alexander Molokhow, der Leiter der Arbeitsgruppe zu Völkerrechtsfragen bei der ständigen Vertretung der Halbinsel Krim bei dem russischen Präsidenten, teilte früher am Sonntag mit, dass Alexander Franchetti, ein Teilnehmer an den Ereignissen des Krimfrühlings, die die Wiedervereinigung der Halbinsel mit Russland markierten, auf dem Prager Flughafen festgenommen worden sei. Kiew soll seinen Angaben zufolge Strafanzeige gegen Francetti erstattet haben, ihm droht eine Auslieferung in die Ukraine.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1e/1497221_0:90:960:630_1280x0_80_0_0_df0392408f4f6bc42c06750ca99bac93.jpg

de.rt.com: **Internationale Atomenergiebehörde darf ihre Beobachtungsgeräte in Iran wieder betreuen**

Zuletzt steckten die Vermittlungsversuche für eine Rückkehr zum Atomabkommen mit Iran

fest. Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde reiste daher nach Teheran – und brachte einen Teilerfolg mit. Doch eine "dauerhafte Lösung" ist weiterhin noch nicht in Sicht. Eine weitere Eskalation in dem Atomstreit mit Iran ist am Sonntag abgewendet worden. Die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) soll wieder ihre Geräte zur Beobachtung der Atomanlagen im Land warten dürfen, wie IAEA-Chef Rafael Grossi und der neue iranische Atomchef Mohammed Eslami nach einem Gespräch in Teheran verkündeten. Damit sei das drängendste Problem gelöst, denn ohne diesen Zugang hätte eine durchgehende Überwachung nicht mehr gewährleistet werden können, sagte Grossi nach seiner Rückkehr in Wien. Allerdings würden die Inspektoren der IAEA auch weiterhin keinen Zugang zu den Daten haben, die von den Geräten tatsächlich gespeichert wurden. "Das kann keine dauerhafte Lösung sein", sagte Grossi am Sonntagabend Journalisten am Wiener Flughafen. Seit Monaten kann die IAEA nicht auf die Daten zugreifen, die so lange gesperrt bleiben, bis sich Iran und die USA über eine Rückkehr zum Atomabkommen des Jahres 2015 geeinigt haben werden. Die Gespräche, in die auch Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und China als Vermittler involviert sind, wurden jedoch noch nicht wieder aufgenommen, seitdem Iran im August eine neue Regierung bekommen hat.

Grossi besuchte nun zum ersten Mal Teheran, seit im August die neue Regierung Irans die Geschäfte übernommen hat. Die Verhandlungen seien sehr konstruktiv, rein technisch und total unpolitisch gewesen, sagte Irans Atomchef Eslami. Nach seinen Worten werde Iran der IAEA die Wartung ihrer Kameras und die Installation neuer Speicher erlauben, um so Videoaufnahmen der iranischen Atomanlagen weiterhin zu ermöglichen.

IAEA-Chef Grossi wolle noch am Montag den Gouverneursrat der IAEA über seine Reise informieren. Aus dem jüngsten Bericht seiner Organisation ging hervor, dass Teheran die Menge an bis zu 60 Prozent angereichertem Uran-235 noch einmal aufgestockt und dafür immer leistungsfähigere Zentrifugen eingesetzt habe. Iran hatte das Atomabkommen 2015 mit den europäischen Ländern Deutschland, Frankreich, Großbritannien sowie auch Russland und mit den Vereinigten Staaten und China abgeschlossen. In Washington, D.C. entschied man 2018 unter dem damaligen Präsident Donald Trump, dass die USA einseitig aus dem Abkommen aussteigen. Seitdem steht das ganze Abkommen auf der Kippe, und die USA hatten damals sofort wieder Sanktionen gegen Iran verhängt und gegen dessen potenzielle Vertragspartner angedroht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613f08f748fbef213e0f7d5d.jpg>

vormittags:

de.rt.com: FBI veröffentlicht Dokumente zu 9/11 – saudischer Geheimdienst doch tief verstrickt?

Zum Jahrestag von 9/11 gab US-Präsident Joe Biden neue Dokumente aus den FBI-Akten frei, die sehr auf eine direkte Beteiligung des saudischen Geheimdienstes hinweisen. Schlüsselfigur ist dabei Omar al-Bayoumi, der bereits in Gerichtsverfahren in Verdacht geraten war.

Stückchenweise werden Dokumente ans Licht gebracht, die belegen, dass die USA mit Afghanistan doch das falsche Land besetzten. Neue vom FBI freigegebene Unterlagen deuten insbesondere auf Omar al-Bayoumi, damals offiziell Student in den USA und bei der saudischen Firma AVCO beschäftigt.

In den Zeugenaussagen finden sich folgende Passagen:

"(Name geschwärzt) beschreibt BAYOUMI als einen saudischen Bürger, der im saudischen Konsulat mit großem Respekt behandelt wurde und bei dem Konsulatspersonal sehr angesehen war, der einen 'sehr hohen Status' innehatte, wenn er das Gebäude betrat. (Name geschwärzt) erklärte, BAYOUMIs Status war höher als der mancher Saudis, die das Konsulat führten."

"Was BAYOUMIs Anstellung betrifft, beschreiben Zeugen bei AVCO BAYOUMI als einen 'Geisterangestellten', eine von fast fünfzig solchen Personen, die von der Firma bezahlt wurden, aber nicht zur Arbeit erschienen."

"BAYOUMIs logistische Unterstützung für HAZMI (Nawaf al-Hazmi, einer der Attentäter) und MIDHAR (Khalid al-Mihdhar, ein weiterer Attentäter) schloss Übersetzungen, Reiseunterstützung, Unterkunft und Finanzierung mit ein. Ungewöhnliche Geldtransfers zwischen BAYOUMIs Bankkonten stimmen mit Transaktionen überein, bei denen BAYOUMI HAZMI und MIDHAR Unterstützung leistete."

Sowohl die Tatsache, dass er nur pro forma für AVCO tätig war, als auch sein beschriebener hoher Status im saudischen Konsulat sind sehr starke Indizien dafür, dass er in Wirklichkeit ein hochrangiger Mitarbeiter des saudischen Geheimdienstes war.

Die Organisation der Familien der Opfer von 9/11 erklärte zu dieser Veröffentlichung, diese Dokumente würden alle Zweifel an der Komplizenschaft der Saudis beseitigen. Die Familienangehörigen hatten seit Jahren darauf gedrängt, die Ermittlungsakten zu veröffentlichen, was die drei letzten US-Regierungen verweigert hatten. Jim Kreindler, der die Klage der Familienangehörigen mitbetreibt, sagte, "mit dieser ersten Veröffentlichung enden zwanzig Jahre, in denen Saudi Arabien damit rechnen konnte, dass die US-Regierung seine Rolle bei 9/11 deckt."

Anfang dieses Monats wies Präsident Joe Biden das Justizministerium an, Dokumente zu den Terroranschlägen bis zum 20. Jahrestag vom 11. September zu überprüfen und möglicherweise freizugeben. Eine umfassendere Anstrengung zur Freigabe ähnlicher Papiere ist im Gange.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613e252048fbef01bf0fbc62.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. September 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Shelobok wurde mit Granatwerfern (29 Granaten) und Schusswaffen beschossen.

snanews.de:**Dritte Nacht in Folge: Israels Armee meldet Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen**

Die israelischen Luftstreitkräfte haben nach eigenen Angaben auf wiederholte Raketenangriffe der Hamas auf den Süden Israels in der Nacht zum Montag mit weiteren Vergeltungsmaßnahmen geantwortet.

„Die Terroristen im Gazastreifen haben die dritte Nacht in Folge Raketen auf Israel abgefeuert und damit Menschenleben im Gazastreifen und in Israel bedroht“, teilte die israelische Verteidigungsstreitkräfte am Montag früh via Twitter mit. Darauf reagierte Israel der Mitteilung zufolge mit Angriffen auf vier Einrichtungen der Hamas, die der militärischen Ausbildung dienen. Eine Waffenwerkstatt und ein Eingang zu einem unterirdischen Terroristentunnel seien ebenfalls angegriffen worden.

Insgesamt gab es laut dem israelischen Militär zwei Raketenangriffe auf israelische Zivilisten aus dem Gazastreifen in der Nacht zum Montag. „Das Luftabwehrsystem Iron Dome fing die Rakete ab und schützte damit erneut die Zivilbevölkerung“, so die israelische Luftwaffe.

Nach dem zweiten Angriff trafen die israelischen Kampffjets einen Militärposten der Hamas und eine Maschinengewehrstellung, von dem aus auf Israel geschossen wurde. „Wir werden terroristische Aktivitäten aus dem Gazastreifen nicht dulden“, betonten die israelischen Luftstreitkräfte.

Als Grund für die Attacken der Palästinenser, die seit Freitagabend ausgeführt werden, diente nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters die Festnahme mehrerer palästinensischer Häftlinge, die am Montag aus einem israelischen Hochsicherheitsgefängnis durch ein Loch in ihrer Gefängniszelle geflohen waren.

Vier der Entflohenen wurden laut israelischer Polizei in einem arabischen Dorf nahe Nazareth im Norden Israels gefasst, zwei seien noch auf freiem Fuß. Die Männer waren nach Angaben bereits verurteilt oder standen im Verdacht, tödliche Angriffe auf Israelis geplant oder ausgeführt zu haben.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 12. September 3:00 Uhr bis 13. September 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Nowolaspja, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 20.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der

Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Nordkorea testet erfolgreich neue Marschflugkörper**

Nordkorea hat am Wochenende erfolgreich neue Marschflugkörper mit großer Reichweite getestet. Wie die nordkoreanische Agentur KCNA am Montag meldet, flogen die Raketen knapp über zwei Stunden lang über dem Festland und den Gewässern Nordkoreas und trafen Ziele in 1500 Kilometern Entfernung.

Die neue Langstrecken-Rakete, eine „strategische Waffe von riesiger Bedeutung“, sei am Samstag und Sonntag getestet worden. Pjŏngjang habe daran zwei Jahre lang geforscht. Detaillierte Tests von Raketenteilen, eine Vielzahl von Triebwerkstests am Boden, Kontroll- und Lenkungstests seien erfolgreich durchgeführt worden. Technische Charakteristiken der neuen Raketen „entsprechen den Projektanforderungen“, hieß es.

USA kritisieren Nordkoreas Raketentests als „Bedrohung“ für internationale Gemeinschaft

Nordkoreas Marschflugkörper stoßen in der Regel auf weniger Interesse als ballistische Raketen, da sie gemäß den Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nicht ausdrücklich verboten sind. Doch der jüngste Test zeigte deutliche Fortschritte im Waffenprogramm von Pjŏngjang und einige US-Experten befürchten, dass diese Rakete auch atomare Sprengköpfe tragen kann. Das US-Indopazifik-Kommando sprach demnach in einer Erklärung über die Bedrohung für die nordkoreanischen Nachbarländer und die internationale Gemeinschaft.

„Uns sind Berichte über den Start von Marschflugkörpern durch Nordkorea bekannt. Wir werden die Situation weiterhin beobachten und uns eng mit unseren Verbündeten und Partnern beraten“, hieß es in der Erklärung, die nur wenige Stunden nach den Berichten über die Tests veröffentlicht wurde.

„Diese Aktivität unterstreicht den anhaltenden Fokus Nordkoreas auf die Entwicklung ihres Militärprogramms und die Bedrohungen, die es für seine Nachbarn und die internationale Gemeinschaft darstellt“, heißt es weiter. „Das US-Engagement zur Verteidigung der Republik Korea und Japans bleibt hart wie Stahl“.

Das südkoreanische Militär teilte am Montag mit, es führe in Zusammenarbeit mit den USA eine detaillierte Analyse durch, gab aber nicht bekannt, wo genau die Tests durchgeführt wurden und ob es darüber im Voraus wusste.

Japans Regierungssprecher Katsunobu Kato sagte am Montag auf einer Pressekonferenz in Tokio, dass falls die Angaben über die Fluglänge der Rakete der Wahrheit entsprechen, würde Nordkoreas Schritt „den Frieden und die Sicherheit in der Region gefährden“.

Die Verhandlungen über das nordkoreanische Atomprogramm kommen seit dem gescheiterten Gipfeltreffen von Kim Jong Un mit dem früheren US-Präsidenten Donald Trump im Februar 2019 in Vietnam nicht mehr voran. Bei einem Parteikongress Anfang dieses Jahres hatte Kim angekündigt, sein Land werde die nukleare Abschreckung mit neuen Waffen einschließlich neuer Interkontinentalraketen stärken.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/0d/3555244_0:0:2362:1330_1280x0_80_0_0_2f7c461f340a9be61c3f18732ff8fde1.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 13. September um 9:00 Uhr 10.422 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 8084 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 1039 Todesfälle.

snanews.de: **Erster kommerzieller Flug nach Machtübernahme von Taliban landet in Afghanistan**

Ein Flugzeug der Pakistan International Airlines (PIA) ist am Montag auf dem Flughafen von Kabul gelandet – das ist der erste kommerzielle Flug seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan Mitte August. Darüber berichtet der TV-Sender „Al-Arabiya“.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP, deren Journalist an Bord des Flugs aus Islamabad war, beförderte das Flugzeug nur eine Handvoll Passagiere nach Afghanistan, nicht mehr als zehn Menschen.

Ein PIA-Sprecher sagte am Wochenende, die Fluggesellschaft sei daran interessiert, den kommerziellen Linienverkehr wieder aufzunehmen, es sei jedoch zu früh, um zu sagen, wie häufig Flüge zwischen den beiden Hauptstädten verkehren würden.

Der Flughafen Kabul wurde laut dem Sender während der Evakuierung von mehr als 120.000 Menschen, mit der der Abzug der US-Streitkräfte am 31. August endete, schwer beschädigt. Die Taliban bemühen sich, ihn mit technischer Hilfe aus Katar und anderen Nationen wieder in Betrieb zu nehmen.

Qatar Airways hat vergangene Woche mehrere Charterflüge von Kabul aus durchgeführt, die hauptsächlich Ausländer und Afghanen beförderten, die die Evakuierung verpasst hatten. Eine afghanische Fluggesellschaft hat am 3. September den Inlandsverkehr wieder aufgenommen.

...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/0d/3556923_0:0:3073:1728_1280x0_80_0_0_aabebf3590f19b5fb8c31cdd2fc742df.jpg

Mzdnr.ru: Am 12. September wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 13. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 59.787 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7257 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 48.133 als gesund entlassen, es gibt 4397 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 188 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, sieben weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 88 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2910 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 947 mit Sauerstoffunterstützung (+66 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2252 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

deu.belta.by: **Lukaschenko: Wir sind bereit, alles für Frieden und Sicherheit in Belarus und der Region zu tun**

Die Bürger der OVKS-Staaten sind bereit, alles Mögliche für die regionale Sicherheit und Frieden in ihren Regionen zu tun. Das erklärte Präsident Alexander Lukaschenko am 12. September bei der Auszeichnung der Soldaten und Offiziere, die an der gemeinsamen strategischen Militärübungen der belarussischen und russischen Streitkräfte Sapad 2021 teilgenommen haben.

An den Übungen nehmen nicht nur Militärangehörige, sondern auch territoriale Truppen von Belarus teil. „Gestern noch friedliche Facharbeiter und Landwirte haben sie heute Waffen in die Hand genommen und den ‚Angriff des Gegners‘ abgewehrt“, sagte der Staatschef. Gemeinsam mit der regionalen Truppengruppierung und Einheiten aus anderen verbündeten OVKS-Staaten hätten die territorialen Truppen alle Kampftrainingsaufgaben mit Ehre erfüllt. „Niemand soll daran zweifeln, dass Belarussen, Russen, Kasachen und Vertreter anderer OVKS-Staaten bereit sind, alles dafür zu tun, um die regionale Sicherheit und den Frieden in ihren Ländern zu gewährleisten“, betonte Alexander Lukaschenko.

Mit dem Abschluss der ersten Etappe der Militärübungen endet auch die Teilnahme von Reservisten territorialer Truppen. „Sie sind einfache Arbeiter und richtige Männer. Sie haben zur richtigen Zeit bewiesen, dass Sie bereit sind, ihre Heimat und ihr Volk zu verteidigen. Sie müssen wissen: Ich habe die territorialen Truppen mit dem Ziel geschaffen, damit Sie Ihre Familien, Kinder und Angehörige, Ihr Vaterland verteidigen können. Morgen kehren Sie in Ihre Städte und Dörfer zurück und werden Ihre friedliche Arbeit fortsetzen und die nationalen Interessen des Landes an Werkzeugmaschinen und auf dem Acker verteidigen.“

Der Staatschef dankte den Militärangehörigen für einen hohen Ausbildungsgrad und

Professionalität und wünschte ihnen weiteren Erfolg und hohe Leistungen im beruflichen Leben.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1631526781_58278_big.jpg

nachmittags:

de.rt.com: Japan meldet angebliche Luftraumverletzung durch russisches Flugzeug

Am Sonntag hat das japanische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass ein russisches An-26-Flugzeug zweimal den japanischen Luftraum vor der Nordinsel Hokkaidō verletzt habe. Das Land forderte von Russland, wiederholte Verletzungen seines Luftraums zu unterlassen. Das japanische Verteidigungsministerium hat behauptet, das russische Flugzeug An-26 habe am Sonntag zweimal den Luftraum des Landes über der Nordinsel Hokkaidō verletzt. Man wies darauf hin, dass japanische Abfangjäger zum Einsatz kamen, um das russische Flugzeug in Empfang zu nehmen. Gleichzeitig berichtete die Nachrichtenagentur Kyodo, dass es sich bei dem Flugzeug, welches den japanischen Luftraum verletzt haben soll, um eine zivile Maschine gehandelt hat.

Die japanische Regierung übermittelte im Zusammenhang mit der angeblichen Grenzverletzung eine Protestnote an die Russische Föderation und forderte, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen dürfen. Dies teilte am Montag der Generalsekretär des japanischen Ministerkabinetts Katsunobu Katō auf einer regulären Pressekonferenz mit.

Laut Katō analysieren japanische Stellen derzeit den Vorgang, um herauszufinden, zu welchem Zweck das russische Flugzeug angeblich zweimal in den japanischen Luftraum eingedrungen war.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/613f2815b480cc0d5232f213.jpg>

snanews.de: **Afghanistan als Unterschlupf für Top-Terroristen? – Taliban dementieren Bericht**

Ein Sprecher der Taliban hat bestritten, dass die afghanischen Machthaber dem Al-Qaida-Anführer Ayman al-Zawahiri in Afghanistan Unterschlupf gewähren. Ein ranghoher US-Geheimdienstexperte hatte dies am vergangenen Sonntag behauptet.

Berichte, wonach der Al-Qaida-Anführer Zawahiri sich unter dem Schutz der Taliban in Afghanistan aufhalte, seien unwahr, erklärte der Taliban-Sprecher Mohammad Naim gegenüber Journalisten. Die Berichte seien „eine Lüge“ und hätten „mit der Wahrheit gar nichts zu tun“.

Der US-Geheimdienstexperte Michael Morell, CIA-Direkter unter Ex-US-Präsident Obama in den Jahren 2011 bis 2013, hatte am Sonntag gegenüber dem TV-Sender CBS erklärt, die US-Nachrichtendienste gingen davon aus, dass der Top-Terrorist sich in Afghanistan aufhalte: „Wir glauben dies, was bedeutet, dass die Taliban Zawahiri gegenwärtig beherbergen. Die Taliban beherbergen gegenwärtig die Al-Qaida.“ Einzelheiten dazu nannte der ehemalige CIA-Direktor nicht.

Zu Lebzeiten Osama bin Ladens galt Ayman al-Zawahiri jahrzehntelang als der zweite Kopf der Al-Qaida. Nach dem Tod bin Ladens wurde er zum Anführer der radikalen Islamisten. Seit November letzten Jahres kursieren Gerüchte über seinen Tod. Solide Belege dafür haben westliche Geheimdienste bisher allerdings nicht vorgelegt.

Ende letzter Woche tauchte Zawahiri nach Medienberichten in einem Video anlässlich der Angriffe auf die New Yorker Zwillingstürme vor 20 Jahren auf. US-Nachrichtendienste erklärten, das Video müsse nicht notwendigerweise aktuell sein, sondern könne zu einem beliebigen Zeitpunkt ab Februar 2020 entstanden sein.

Die Taliban haben mehrfach versichert, weder der Al-Qaida noch anderen Terrorgruppen in Afghanistan Unterschlupf gewähren zu wollen. Diese Zusage ist im Abkommen festgehalten, das die USA mit den Taliban im Februar dieses Jahres in Doha geschlossen und das den Abzug der US-geführten Nato-Truppen aus Afghanistan besiegelt hatte.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/0d/3561628_0:51:1389:832_1920x0_80_0_0_e92f6a8264c754d31595993f2001614e.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 13.09.2021**

In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen der 93. Brigade auf Befehl Brishinskijs **Nowolaspa** mit 120mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Gontscharuk **Leninskoje** beschossen und acht Granaten mit Unterlaufgranatwerfern abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden **zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** festgestellt.

So haben Strafruppen der 10. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kotlik **Oserjanowka** beschossen und 12 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben.

Von den Positionen des 503. Marineinfanteriebataillons, das operativ dem Kommando der 25. Brigade unterstellt ist, im Gebiet von Werchnetorezkoje aus wurde auf Befehl von Sentschenko mit 82mm-Mörsern **Wasiljewka** beschossen, 15 Mörsergeschosse wurden abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Im Zusammenhang mit den erfolglosen Versuchen, den Koordinationsmechanismus zur Feueereinstellung von Seiten der BFU einzusetzen, waren die Einheiten der Volksmiliz gezwungen, zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik entsprechend den Punkten „e“ und „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung, das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen** zu erwidern, **um die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken.**

Infolge der erwidrenden Maßnahmen wurde ein ukrainischer Strafsoldat vernichtet, zwei wurden verletzt.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feueereinstellung ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf die Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen vier Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in drei Ortschaften** auf dem von Kiew kontrollierten

Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Abwehrraketenkomplex 9K33 „Osa“ in einem Wohngebiet in Kalinowo.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Kasjanowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet in Mirnoje.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 28. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Slawnoje und Marjinka zu blockieren.

In den letzten 24 Stunden sind **in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine weitere nicht kampfbedingte Verluste** festzustellen, die damit zusammenhängen, dass Personal auf eigene Minensperren gerät.

So geriet bei der Fahrt einer Gruppe von Kämpfern aus dem 503. Marineinfanteriebataillon im mit einem Kamas-Lastwagen im Gebiet von Werchnetorezkoje das Fahrzeug auf eine Antipanzermine, die detonierte. Infolge der Detonation und des Brandes des Lastwagens starb der Matrose Golub, nach vorläufigen Informationen wurden drei weitere Kämpfer mit unterschiedlich schweren Verletzungen in ein Krankenhaus von Krasnoarmejsk eingeliefert. Aus Materialien der Ermittlung ist bekannt, dass der Lastwagen eine Aufgabe zur Lieferung von 120mm-Mörsergeschossen, Granatwerfer- und Schusswaffenmunition an die Frontpositionen im Gebiet von Werchnetorezkoje ausgeführt hatte. Nach der Entladung, bei der Rückfahrt in die Einheit, entschied der Fahrer den Weg abzukürzen und zwischen Zugstützpunkten des Bataillons zu fahren, wo Minensperren installiert waren.

Um die wahren Ursachen des Todes und der Verletzung von Soldaten zu verheimlichen, meldete der Kommandeur des 503. Bataillons Sucharewskij nach bestehender Tradition die Verluste an den übergeordneten Stab als Verluste in der Folge von Beschuss von Seiten der Einheiten der Volksmiliz.

Gleichzeitig, **im Vorfeld des Beginn der Arbeit der 76. UN-Generalversammlung und im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe am 14. und 15. September, aktiviert der Gegner die Propagandaaktivität** in Richtung Gorlowka, in diesem Zusammenhang erwarten wir provokativen Beschuss in diesem Gebiet. Davon zeugt eine Reihe von Faktoren.

So sind auf den Positionen des 108. Bataillons der 10. Brigade im Gebiet von Majorsk gleich zwei Filmteams der ukrainischen Fernsehsender „5. Kanal“ und „1+1“ eingetroffen.

Zuvor war auf Anweisung des Kommandeurs der OOS eine Gruppe von Kämpfern der 12. Brigade der Nationalgarde „Asow“ in den Verantwortungsbereich der 10. Brigade geschickt worden, um Provokationen zu begehen und die Erwidderung des Feuers hervorzurufen.

Außerdem ist bekannt, dass geplant ist, dass derartige Einheiten von Nationalisten in der nächsten Zeit an der ganzen Kontaktlinie stationiert werden, sie werden unmittelbar Befehle des Kommandeurs der OOS Pawljuk ausführen.

In den Verbänden und Truppenteilen in der OOS-Zone wurden **weitere Fälle von Diebstahl von militärischem Material** festgestellt. Besonders oft sind solche Ereignisse in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine im Vorfeld und während der Rotation der Einheiten anzutreffen.

So führt der Mitarbeiter der Donezker Abteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes Leutnant Bagmet im zweiten Bataillon der 28. Brigade, das schon Ende August im Rahmen der Rotation abgezogen werden sollte, eine Ermittlung gegen Leutnant Batjkowskij aufgrund des Diebstahl von zwei Nachtsichtgeräten AN/PVS-14 aus amerikanischen Produktion durch. Die teure Ausrüstung wollte Batjkowskij gesetzwidrig in den ständigen Stationierungspunkt

bringen, um sie zu verkaufen.

de.rt.com: "**Müssen Assange freilassen!**" – **Proteste vor britischer Botschaft in Washington**

Aktivisten protestierten am Sonntagnachmittag vor der britischen Botschaft in Washington und forderten die Freilassung von Julian Assange sowie die Abweisung aller gegen ihn erhobenen Anklagen. Scharfe Kritik gab es auch für die US-amerikanische und die britische Regierung.

Einer der Aktivisten erläuterte, warum der Fall Julian Assange ein wichtiger Präzedenzfall ist: "Ihm drohen 175 Jahre Gefängnis für den Akt der Veröffentlichung. Eine verfassungsrechtlich geschützte Tätigkeit, und Sie wissen, dass die Pressefreiheit auf dem Spiel steht, dass auch die Menschenrechte bedroht sind, dass es sich um eine Menschheitsfrage handelt, da die Menschen Informationen brauchen, um ihren Platz in der Welt zu verstehen. Wer sie sind und wie sie sich selbst in der Welt wirksam vertreten können."

Eine andere Aktivistin erklärte: "Er ist ein friedlicher Mann, der in seinem ganzen Leben noch nie eine Gewalttat begangen hat, und doch wird er den Rest seines Lebens im Gefängnis verbringen, ohne Zugang zu seiner Familie oder einen sehr eingeschränkten Zugang zu Anwälten, und wir halten das für ungerecht. Das muss aufhören. Das Justizministerium muss die Anklage gegen ihn fallen lassen und Großbritannien muss die Auslieferung ablehnen."

Im September ist es ein Jahr her, dass Julian im Old Bailey in der Londoner Innenstadt als Zeuge vernommen wurde. Das Gericht lehnte seine Auslieferung an die USA mit der Begründung der Suizidgefahr ab. Assange befindet sich nach wie vor in Haft, während die USA gegen die Entscheidung Berufung einlegen und befürchtet seine Auslieferung.

<iframe width="1104" height="621" src="https://www.youtube.com/embed/xomkMtuD-eU" title="YouTube video player" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/xomkMtuD-eU>

Mil-Inr.su: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer eines mechanisierten Bataillons der 17. Panzerbrigade, die Aufgaben im Rahmen der 57. Brigade ausführen, auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Shelobok** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

...

sna.news.de: **Taliban wollen sechs Millionen Dollar und Goldbarren im Haus von Ex-Vize Saleh gefunden haben**

Vertreter der radikal-islamistischen Organisation Taliban haben eigenen Angaben zufolge im Haus des ehemaligen Vizepräsidenten Amrullah Saleh in der Provinz Pandschir etwa sechs Millionen US-Dollar und mindestens 15 Goldbarren gefunden. Darüber berichtet die afghanische Nachrichtenagentur „Khaama Press“ am Montag.

Saleh, der sich nach der Flucht des Präsidenten Ghani ins Ausland zum Übergangspräsidenten erklärte, organisierte den Widerstand in Pandschir und soll Berichten zufolge immer noch im

Land sein. „Khaama Press“ veröffentlichte ein zuvor in sozialen Medien verbreitetes Video, das Taliban-Kämpfer zeigt, die die in Salehs Haus gefundenen Vermögenswerte demonstrieren.

Eine Quelle der Bewegung bestätigte gegenüber SNA, dass im Haus des Vizepräsidenten der gescheiterten Regierung von Ashraf Ghani „riesige Geldsummen“ gefunden worden seien. Weder Saleh noch die Mitglieder der Nationalen Widerstandsfront (NRF), die gegen die Taliban kämpft, haben sich bisher dazu geäußert. Wie ein Sprecher der Front zuvor gegenüber CNN mitteilte, kontrolliert der Widerstand 60 bis 65 Prozent der Fläche in der Provinz Pandschir. Zuvor hatten die Taliban aber mitgeteilt, die Provinz vollkommen eingenommen zu haben. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/17/2948309_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_6b70d8650e13a30eb4d65a7b80f02a69.jpg

snanews.de: **Festnahme am Prager Flughafen: Russlands Außenminister fordert Erklärung**

Nach der Festnahme eines russischen Staatsangehörigen am Flughafen Prag am gestrigen Sonntag fordert der russische Außenminister Sergej Lawrow von der tschechischen Regierung eine Begründung der Verhaftung, die nach Angaben des Ministers weiter ausbleibt. Prag habe die russische Führung weder über die Festnahme des russischen Staatsangehörigen informiert noch darüber, wie der Tatvorwurf laute, sagte Lawrow am heutigen Montag gegenüber Journalisten. Sowohl das russische Außenministerium als auch die russischen Strafverfolger hätten entsprechende Ersuchen an die tschechische Regierung gerichtet. „Wir wollen wissen, was unserem Staatsbürger vorgeworfen wird ... Wir wollen verstehen, worum es geht“, so Lawrow.

Die tschechische Polizei hatte erklärt, den russischen Staatsangehörigen Alexander Franchetti auf ukrainischen Haftbefehl hin am vergangenen Sonntag am Flughafen Prag festgenommen zu haben. Die russische Botschaft in der tschechischen Hauptstadt hat die Festnahme bestätigt.

Alexander Franchetti hatte am sogenannten Krimfrühling – an der Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland – aktiv mitgewirkt und sich unter anderem gegen radikale Nationalisten in der Ukraine ausgesprochen.

Möglicherweise sei dieses Engagement Franchetti zum Verhängnis geworden, sagte Außenminister Lawrow: „Kann es sein, dass ihm der Kampf gegen Neonazis vorgeworfen wird, verkörpert durch sogenannte ‚Freiwillige Bataillone‘, die im Westen selbst als illegal eingestuft werden?“

Ferner forderte der russische Außenminister die tschechische Führung dazu auf, sich bei ihrem weiteren Vorgehen von Recht und Gesetz leiten, statt sich von politischen

Provokationen beeinflussen zu lassen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/0d/3562935_0:159:2951:1818_1920x0_80_0_0_68e71cf6c4e63e39274f8693d0aed491.jpg

deu.belta.by: **Ungarn drückt Solidarität mit Belarus in seinem Kampf um Unabhängigkeit aus**

Die Europäische Union schreibt allen EU-Mitgliedsstaaten vor, wie sie zu leben haben. Die ungarischen Werktätigen sind mit den belarussischen Arbeitnehmern solidarisch in ihrem Bemühen, das Recht auf freie und unabhängige Selbstbestimmung zu behaupten. Das sagte der Vorsitzende der Ungarischen Kommunistischen Partei Gyula Thürmer auf der internationalen Konferenz „Auswirkung globaler wirtschaftlicher Herausforderungen auf Sozial- und Arbeitsrecht“, die am 13. und 14. September in Minsk stattfindet.

Der Politiker erklärte, dass er gekommen sei, um seine Solidarität mit dem belarussischen Volk zu bekunden. „Wir sind gegen die Sanktionen. Wir sind der Meinung, dass der Kampf des belarussischen Volkes um die Unabhängigkeit ihres Landes auch ein Kampf um die Unabhängigkeit Ungarns ist. Was sich in Belarus im letzten Jahr ereignet hat, kann sich auch in Ungarn wiederholen. Das wollen wir nicht. Deshalb stehen wir mit unserer Unterstützung und Solidarität auf der Seite der belarussischen Arbeiter“, sagte Gyula Thürmer.

Ungarn ist seit 17 Jahren Mitglied der Europäischen Union. „Wir sind der EU mit der Hoffnung beigetreten, dass sie uns vor den negativen Auswirkungen der globalen wirtschaftlichen Prozesse schützen würde. Das ist aber nicht der Fall: Die EU schützt uns vor nichts. Wir dachten, wir würden wie Deutsche oder Österreicher leben, aber in Deutschland oder Österreich verdienen die Menschen heute fünfmal mehr als in Ungarn“, sagte der Politiker.

Nach Ansicht des Parteichefs mische sich die Europäische Union ständig in die inneren Angelegenheiten ihres Staates ein und gebe einen Entwicklungsweg vor, den die Ungarn selbst nicht gewählt hätten.

Gyula Thürmer sagte, es sei für ihn eine große Freude, in Belarus zu sein und an der Konferenz in Minsk teilzunehmen. „Belarus ist ein wunderbares Land, es gibt nur wenige Länder auf der Welt mit 4 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern. In Ungarn sind es nur 300 Tausend, obwohl die Bevölkerung etwa gleich groß ist. Es gibt noch weniger Länder, in denen die politischen Behörden und die Regierung den Gewerkschaftern zuhören würden. Ich kenne nur ein einziges Land, in dem der Präsident selbst auf einem solchen Ansatz besteht, dass jedes Werk, jedes Unternehmen eine Gewerkschaft hat. Ich denke, das ist eine großartige Sache“, sagte er.

Das Forum wurde von der Föderation der Gewerkschaften initiiert. Diese Idee wurde von der Regierung und dem Arbeitgeberverband unterstützt.

An der Konferenz nehmen führende Völkerrechtsexperten, Regierungs- und Justizbeamte, Akademiker, Politologen, ausländische Botschafter, Leiter internationaler Gewerkschaftsverbände und Vertreter jener Unternehmen, gegen die die Sanktionen verhängt wurden. Zwei Tage lang werden sie über Initiativen zur Erhaltung der Stabilität in der Welt und der Grundrechte der Menschen diskutieren. Am Ende der Konferenz wird eine Resolution verfasst und an die EU, die IAO und die UNO übermittelt.